

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 26

Ausgegeben am 27. September 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zum fünfundsiebzigsten Geburtstag von Heinrich Diez.

Von Heinrich Cunow.

Stark lichtet sich die kleine Schar der Alten, die sich unserer Partei schon in ihrer Sturm- und Drangperiode angeschlossen und seitdem, fast ein halbes Jahrhundert lang, in ihrem Dienste gekämpft und gearbeitet haben. Um so mehr freuen wir uns, wenn heute noch Mitglieder unserer alten Avantgarde unter uns leben und wir, der überstandenen frohen und trüben Arbeitsjahre gedenkend, ihre Jubiläumstage mit ihnen feiern können. Am kommenden 3. Oktober ist ein solcher Jubiläumstag: der fünfundsiebzigste Geburtstag eines Mannes, dessen Name mit der Entwicklung der wissenschaftlichen sozialistischen Literatur und im weiteren des internationalen Marxismus enger verknüpft ist als der irgendeines anderen lebenden Genossen, unseres Heinrich Diez, des Verlegers der Neuen Zeit. Wohl hat auch Diez sich eifrig am parlamentarischen Leben unserer Partei beteiligt und im Deutschen Reichstag manchen Kampf unserer Partei mit auskämpfen helfen, aber seine großen Verdienste liegen weder auf dem parlamentarischen Gebiet noch dem der schriftstellerischen Betätigung, sondern der sozialistischen Propaganda durch Förderung und Vertrieb sozialistischer Literatur. Wenn heute die deutsche sozialdemokratische Partei eine viel reichere wissenschaftliche Literatur besitzt als die Arbeiterpartei irgendeines anderen Landes, eine Literatur, die sehr viel zur mächtigen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie beigetragen hat und ihr immer wieder neue Kräfte zuführt, dann verdankt sie das vor allem der Verlegertätigkeit des Genossen Heinrich Diez, seinem geschäftlichen Geschick und seinem starken Interesse an der Vertiefung und Ausbreitung der sozialistischen Lehre, das ihn gar oft zur Herausgabe von Schriften bestimmt hat, von denen er im voraus wußte, daß sie keinen Buchhändlergewinn abwerfen würden. Während einst unsere Altmeister — eine Tatsache, von welcher der Briefwechsel von Marx mit Engels und Lassalle zur Genüge zeugt — alle Mühe hatten, einen Verleger für ihre Geisteswerke zu finden, um diese nicht nur in die Bibliotheken der Gelehrten, sondern auch in die Hände der wißbegierigen Arbeiterschaft zu bringen, hat es Heinrich Diez verstanden, den Büchertrieb in weitestem Maße der sozialistischen Propaganda dienstbar zu machen und die sozialistischen Schriften auch in solche Volkskreise einzuführen, die diesen früher völlig verschlossen waren — eine viele Umsicht erfordernde Aufgabe; denn als Diez seine Verlegertätigkeit begann, fehlte noch eine größere nach solcher Literatur verlangende Lesergemeinde, es mußte daher der Absatz gewissermaßen erst organisiert werden.

Dabei beschränkte sich Heinrich Diez keineswegs auf die Herausgabe billiger politischer Werbe- und Aufklärungsschriften. Von vornherein suchte er auch größere historische, natur- und sozialwissenschaftliche Werke in die

sozialistischen Leserkreise einzuführen. Davon zeugen neben einer langen Reihe wissenschaftlicher Einzelwerke vor allem die »Internationale Bibliothek«, die heute auf 59 Bände angewachsen ist. Besonderes Verdienst aber hat sich Heinrich Diez um die marxistische Literatur erworben. Den Marxschen literarischen Nachlaß hat Franz Mehring in vier Bänden herausgegeben, während Karl Kautsky die vier Bände umfassenden, von Marx hinterlassenen »Theorien über den Mehrwert« bearbeitete. Weiter hat der Diezsche Verlag die Marxsche »Kritik der politischen Ökonomie«, »Das Elend der Philosophie«, den »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte«, die Engelsche Schrift »Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft« mehrfach neuaufgelegt, und ferner ist dort der Briefwechsel zwischen Engels und Marx (vier Bände), der Briefwechsel zwischen Marx, Engels und Sorge, die von N. Kjasanoff herausgegebene Sammlung der von Marx für die »New York Tribune« und »Neue Oderzeitung« geschriebenen Zeitungsartikel (zwei Bände, denen weitere folgen sollen) und eine Volksausgabe des ersten Bandes des Marxschen »Kapital« erschienen. Auch für die Verbreitung russischer marxistischer und anderer Literatur hat Diez in früheren Jahren viel getan, eine Tätigkeit, zu der ihn seine während eines mehrjährigen Aufenthalts in Rußland erworbene Kenntnis der russischen Sprache und des russischen Buchhandels hervorragend befähigte.

Zu dieser Förderung des Marxismus gehört auch die im Jahre 1882 erfolgte Gründung der Neuen Zeit. Obgleich damals unter dem Drucke des Sozialistengesetzes die Herausgabe einer neuen, sich auf den Boden der Marxschen Lehre stellenden Monatsrevue ein höchst riskantes Unternehmen schien, folgte doch Diez dem Kautskyschen Vorschlag und ließ von 1883 ab in seinem Verlag die Neue Zeit erscheinen, deren Redaktion unter Mitwirkung von August Bebel, Heinrich Braun und Wilhelm Liebknecht Karl Kautsky übertragen wurde. Damit erhielt die deutsche Sozialdemokratie ihre erste marxistische Monatschrift. Zwar waren schon vor dem Sozialistengesetz einige sozialistische Revuen erschienen; 1877 hatte bereits Dr. Wiede in Zürich die »Neue Gesellschaft« gegründet, und noch im selben Jahre erschien in Berlin die Högbergische »Zukunft«; aber beide Organe vertraten nicht den marxistischen, sondern einen ethisch-philosophischen, unhistorischen, aus allen möglichen sozialistischen Systemen zusammengesuchten eklektischen Sozialismus, wie denn die »Zukunft« auch zu ihren Mitarbeitern Proudhonisten, Dühringianer, Rodbertianer, Schöfflianer und darwinistische Sozialtheoretiker zählte. Beide Revuen hatten denn auch nur geringen Erfolg, und die »Zukunft« stellte schon am 1. November 1878, als das Sozialistengesetz drohend am Horizont auftauchte, ihr Erscheinen ein. Dagegen trat die Neue Zeit, wenn sie auch oft abweichende Anschauungen zu Worte kommen ließ, von vornherein als marxistische Zeitschrift auf und entwickelte sich in den durch das Sozialistengesetz heraufbeschworenen inneren Meinungsstreifigkeiten bald zu einem einflußreichen, richtungweisenden Organ. Der Absatz hielt sich freilich zunächst auf recht bescheidener Höhe. Bis über die Zeit des Ablaufs des Sozialistengesetzes hinaus hat sie immer wieder von seiten des Verlegers beträchtliche Opfer gefordert, ohne daß deshalb jemals das Interesse des Genossen Diez für die in seinem Verlag erscheinende Zeitschrift erlahmt wäre.

Dabei hatte Dieß zunächst mit starken Hindernissen und Hemmungen in seinem geschäftlichen Betrieb zu kämpfen. Nachdem er, der erst als Leiter, dann als Inhaber der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei fungiert hatte, am 27. Oktober 1880 aus Hamburg ausgewiesen worden war, ging er zunächst mit Auer und Hillmann nach dem benachbarten Harburg und suchte von dort aus den Betrieb seiner Druckerei aufrechtzuerhalten — doch vergebens, schon am 22. März 1881 erfolgte das Verbot der in seiner Offizin gedruckten, an Stelle des früheren »Hamburg-Altonaer Volksblatts« erscheinenden »Gerichtszeitung«. Dieß übernahm nun in Stuttgart die von Leipzig dorthin verlegte, von Höchberg angekaufte ehemalige Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei, die er unter seiner Firma fortführte, stieß aber in seinem Bestreben, den Betrieb der Partei nutzbar zu machen, auf den fortgesetzten Widerstand der Behörden. Das veranlaßte ihn, die Stuttgarter Buchdruckerei nach Hamburg zu verlegen, wo sie zur Erweiterung des dortigen Geschäfts zweckmäßige Verwendung fand. Als Kuriosum mag erwähnt werden, daß im Register der Fabrikinspektion in Stuttgart anlässlich des Umzugs die Bemerkung eingetragen worden ist: »Nach Amerika verzogen.«

Im August 1886 wurde er dann mit einer Reihe anderer bekannter Parteiführer, darunter Auer, Bebel, Frohne, Vollmar, wegen Teilnahme an dem 1883 abgehaltenen Kopenhagener Parteitag zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Chemnitz verbüßte.

Mit Ausdauer und Unermüdlichkeit verfolgte Dieß von da ab das Ziel, den sozialdemokratischen Buchverlag neben den Zeitschriften Die Neue Zeit, Die Gleichheit und Der wahre Jacob zu heben, und hatte denn auch die Freude, zu sehen, daß der Verlag immer mehr an Umfang, Bedeutung und Ansehen gewann.

In der letzten Zeit hatte Genosse Dieß mehrfach unter tödlichen Krankheiten zu leiden, die seinen regen Arbeitsdrang hemmten. Wir wünschen ihm zu seinem heutigen fünfundsiebzigsten Geburtstag, daß er bald völlig gesunden möge, um in alter Rüstigkeit die Arbeit fortsetzen zu können, die er sich selbst im Dienste der Partei als Lebensaufgabe gestellt hat, der sozialistischen Bewegung zum Nutzen und sich selbst zur Ehre.

Der Aachener Kongress vom Jahre 1818.

Eine Jahrhundert Erinnerung.

Von Edgar Steiger.

Am 29. September 1818 sah die alte Kaiserstadt Aachen eine erlauchete Gesellschaft in ihren Mauern. Kaiser Alexander von Rußland, den die dankbaren deutschen Spießbürger als Befreier Deutschlands feierten, erschien, Heiliger und Kosmopolit in einer Person, in Gesellschaft des Grafen von Nesselrode, der seit dem Wiener Kongress und dem Pariser Frieden die Fäden der russischen Politik in der Hand hielt, ferner des Griechen Kapodistrias und des Italieners Pozzo di Borgo. Sein blinder Verehrer, der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., war ebenfalls von drei Herren begleitet, in denen sich die drei feindlichen Mächte, die sich um die Seele dieses Monarchen stritten, gleichsam verkörperten. Da war einmal der Minister des Auswärtigen Amtes, Fürst Hardenberg, der zehn Jahre zuvor mit dem

Reichsfreiherrn vom Stein die Bauernbefreiung in Preußen angebahnt hatte, jezo aber die Zaghaftigkeit selbst, die es vor lauter Rücksichten mit niemanden verderben wollte und vor jedem stärkeren Willen wie ein Taschenmesser zusammenknickte; dann der Graf Christian Günter v. Bernstorff, ein Staatsmann nach dem Herzen der preußischen Junker und begeisterter Anhänger der freiheitsfeindlichen Kabinettspolitik des österreichischen Kanzlers, und endlich Schillers Freund, der weitblickende und geistvolle Wilhelm v. Humboldt, der sich vergebens mühte, der toten Mumie Metternichscher Politik den lebendigen Atem weimarscher Humanität einzuhauchen. Mit Kaiser Franz von Oesterreich aber, dieser geistigen Null, die »in der Religion den Beichtvater, in der Politik den Kanzler fragte«, kam, umschwänzelt von seinem federgewandten Famulus Wilhelm v. Genz, der allmächtige Leiter des weiland Wiener Kongresses den Rhein herabgefahren, am grünen Pokertisch der Staatsmänner ein vom Glück begünstigter Hazardspieler, der auch jetzt seine Karten bereits gemischt und alle Trümpe in der Hand hatte — strahlend im Bewußtsein des künftigen Sieges, nachdem er unterwegs auf seinem Schlosse Johannisberg, einem Gnadengeschenk für seine Verdienste um die Befreiung Deutschlands, den kleineren Staatsmännern des Bundestags mit einem feurigen Tropfen erlesenen Rheinweins die Zustimmung zu seiner »Bundesheeresverfassung« abgelockt hatte. Um die drei gekrönten Häupter der Heiligen Allianz herum und deren von Orden strotzende Diener drängte sich nun, wie immer bei solchen Gelegenheiten, ein begehrtlicher Haufe von deutschen Duodezfürsten von Napoleons Gnaden und in Demut ersterbenden Staatsmännern, von titelsüchtigen Künstlern und brillantenlüsternen Künstlerinnen, von stellsuchenden Abenteurern und Morgenluft witternden Glücksjägern, von adligen Bettelpatrioten, mittelalterlichen Schwarmgeistern und sinnlich-überfönnlichen Prophetinnen im seidenen Unterrock, wie Frau v. Krüdener und die Wahrsagerin Lenormand — ein Stück leibhaftiges Mittelalter, das in die byzantinischen Bogen der achteckigen Kaiserkapelle des Pfalzberges prächtig hineinpafte.

Aber leider ein Stück Mittelalter in ganz moderner Umrahmung! Denn mit den untertänigen Diplomaten der europäischen Selbstherrlichkeiten setzten sich an eben diesem denkwürdigen 29. September 1818 — zum ersten Male in der Weltgeschichte und jedenfalls unter allgemeinem Kopfschütteln der feudalen Standesherrn — die bürgerlichen Vertreter der großen Bankhäuser Europas mit an einen und denselben Tisch. Den Königen der guten alten Zeit reichten die Weltherrscher der Zukunft, deren Händen von nun an die Würfel über Krieg und Frieden ausgeliefert waren, verständnisinnig ihre Rechte. Es waren die Herren Baring, Hope und Parish aus London und die Herren Labouchère und Gebrüder Rothschild aus Paris, die man hergebenen hatte, damit sie ihre während der langen Kriege gewonnenen Millionen in den Dienst der hohen Politik stellen möchten. Und sie waren freudig bereit, das System zu stützen, durch das, wie v. Zwiédineck-Südenhorst so treffend sagt, »alle Geldgeschäfte der Regierungen in ihre Hände kamen und die Arbeit der steuerzahlenden Völker von ihnen ausgebeutet werden konnte«.

Man hatte sie nötig, da es galt, über die Zurückziehung der deutschen Truppen aus den besetzten Plätzen Frankreichs Beschluß zu fassen; denn

dies war der erste und, wie es schien, wichtigste Punkt der Metternichschen Tagesordnung. Und siehe da! Die etwas kitzlige Frage — nach dem zweiten Pariser Frieden von 1815 nämlich sollten die siebzehn französischen Grenzfestungen zwar höchstens fünf Jahre, aber jedenfalls bis zur völligen Abzahlung der 700 Millionen Kriegsschuld — war, dank der hingebenden Mitarbeit der europäischen Großfinanz, gleich in der ersten Sitzung ohne Debatte zu Frankreichs Gunsten entschieden. Der Engländer Wellington verbürgte sich dafür, daß die Großmächte künftig von Frankreich nichts zu fürchten hätten, und die Bankhäuser Hope und Baring übernahmen die Finanzierung der noch zu beschaffenden Kontribution: 100 Millionen in französischer Staatsrente und 165 Millionen in Wechseln, die im Verlauf von neun Monaten am 6. Januar 1819 fällig waren.

Ebenso schnell wickelten sich die übrigen europäischen Geschäfte ab: die geheime Verabredung zwischen Rußland, Österreich und Preußen für den Fall neuer Unruhen in Frankreich, die angesichts der jüngsten Wahlen — sie waren nämlich zugunsten der Demokratie ausgefallen — nicht unmöglich erschienen, also eine Art von Rückversicherungsvertrag, wodurch sich die Großmächte nach der Gepflogenheit aller Diebsgesellschaften gegen etwaige Überraschungen von seiten ihres neuen Bundesgenossen hinter dessen Rücken zu decken suchten; dann die Bitte Napoleons um Überführung von St. Helena nach Kasan, die einstimmig abgelehnt wurde, und eine Aufforderung an König Bernadotte, den letzten Napoleoniden auf Schwedens Thron, die fälligen Coupons der Staatsschuld Norwegens, das der Wiener Kongreß mit seiner plumpen Rücksichtslosigkeit gegen alle Volkstimmungen durch Personalunion mit Schweden zusammengekoppelt hatte, doch gefälligst endlich an Dänemark zu zahlen. Nur über den Negerhandel, zu dessen Ausrottung das, wie immer, bescheidene England eine besondere Machtvollkommenheit zur See verlangte, konnte man sich vorderhand nicht einigen — offenbar, weil die Herren auf dem Kontinent sich merkwürdigerweise selbst bei diesem hochmoralischen Handel nicht von der völligen Uneigennützigkeit Englands überzeugen ließen.

Auch die deutschen Angelegenheiten, die auf dem Programm standen, hielten die Herren nicht lange auf. Beim badisch-bayerischen Länderstreit berief man sich einfach auf die Akten des Wiener Kongresses, und dem widerborstigen Don Quichotte unter Deutschlands Landesvätern, dem Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Kassel, der bei seiner Rückkehr aus dem freiwilligen Exil seinen lieben Landeskindern statt einer Verfassung aufs neue den Zopf und den Korporalstock geschenkt hatte, wurde feierlich verboten, sich als König der Katten ausrufen zu lassen. Dafür mußte er, so sehr sich sein Gottesgnadentum dagegen sträubte, die Staatsgüterverkäufe, die während seiner Abwesenheit sein Stellvertreter von Napoleons Gnaden, Prinz Jérôme, der König »Lustik«, vorgenommen hatte, zähneknirschend anerkennen.

Während der stimmungsvollen Aufführung dieser europäischen Tragi-komödie hatte es gleich nach dem ersten Akt eine dreitägige Pause gegeben. Und diese hatten Zar Alexander und der König von Preußen dazu benutzt, einen kurzen Besuch in Paris abzustatten, um ihrem Kollegen von Gottes und Wellingtons Gnaden, Ludwig XVIII., das frohe Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mitzuteilen und ihn zum Beitritt zur Heiligen

Allianz einzuladen. Dieser Bitte willfahrte der dankbare Bourbone um so lieber, als ja die Heilige Allianz, so sehr sie auch nach Juchten und Weihrauch duftete, ein echtes Pariser Gewächs war — der wüste Romantikertraum einer von ihren Jugendsünden ausruhenden Betschwester und eines modernen Geisteshebers, die die aus den Leichenfeldern des langen Krieges heraufdämmernde Todesstimmung Europas dazu benutzten, dem eitlen Selbstherrscher aller Reußen, der sich damals gerade in der Rolle des Volksbeglückers gefiel, einen Floh ins Ohr zu setzen. Oder war es nicht die fromme Livländerin Frau v. Krüdener, geborene Juliane v. Vietinghoff aus Riga, die dort im lustigen Paris, wohin sie ihm von Wien und Hamburg nachgereist war, ihrem Abgott den lächerlichen Wahn beibrachte, er sei von Gott erkoren, zum Heile der verführten und verirrtten Menschheit Franz v. Baaders Reich der Gnade auf Erden zu verwirklichen und die Dämonokratie (Teufelsherrschaft) der Revolution durch die Theokratie (Gottesherrschaft) einer von göttlicher Politik erfüllten Monarchie zu überwinden? Aus diesem wirren Gedanken heraus entstand, ausgerechnet im fröhlichen Paris, für dessen weltliche Genüsse der schöne Alexander durchaus nicht unempfänglich war, jenes politisch-religiöse Bündnis, in dem sich die drei Monarchen, die Napoleon besiegt hatten, gegenseitig verpflichteten, sich als Brüder in Christo zu lieben und zu unterstützen und auch ihre Völker in demselben Geiste der Brüderlichkeit als Väter einer Familie zu regieren.

Das klang sehr schön und unschuldig, und ein jeder konnte sich schließlich darunter denken, was er wollte; um so mehr aber mußte ein kühler Kopf wie Metternich, der dem mißtrauischen Kaiser Franz ganz offen erklärte, es handle sich hier nur um harmlose Redensarten, darauf bedacht sein, die gefährlichen Träume von Völkerbeglückung und Völkerfreiheit beizeiten zu zerstören, zumal der Russe, der sich in dem eroberten Polen als konstitutioneller Monarch aufspielte, auch seinen Freund, den Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., anzustecken drohte. Hatte doch schon auf dem Wiener Kongreß eine preußische Note, die von mehr als 30 Regierungen unterstützt wurde, für die deutschen Bundesstaaten so etwas wie eine ständische Verfassung verlangt. Und als nun gar Napoleon, von Elba zurückkehrend, den Herren am grünen Tisch noch einmal die Papiere ihres Länder- und Völkerschachers durcheinanderwirbelte, hatte der König am 22. Mai 1815 seinen Untertanen aufs neue »eine Repräsentation des Volkes« versprochen. Aber damit nicht genug, in Weimar, Bayern und Baden war die Volksvertretung, in der Metternich mit Schaudern den Anfang der Revolution sah, in den Jahren 1816 bis 1818 Wirklichkeit geworden, und in Württemberg war sogar zwischen dem Fürsten und den getreuen Untertanen der Kampf ums »gute alte Recht« entbrannt.

Es war also höchste Zeit, einen jener schon in Paris vorgesehenen Fürstenkongresse einzuberufen, in denen, wie es in der Sprache der gekrönten Romantiker hieß, der Rat der Großmächte zu einem europäischen Amphiktyonengericht ausgebildet werden sollte. Und ein jüngstes Gericht für Völkerfreiheit war es auch, was Ende September und Anfang Oktober 1818 in der alten Pfalz am Südabhang des Lousberges tagte. Metternich brauchte sich gar nicht besonders anzustrengen, um seine lichtscheuen Pläne durchzusetzen. Denn der dramatische Epilog, mit dem er den Nacher Kongreß wirkungsvoll schloß, hätte auch ohne sein Zutun und ohne die geschickte

Stimmungsmache seines gutbezahlten Lohnschreibers Genß, dank einigen weltgeschichtlichen Zwischenspielen, in denen der Gläubige — und wer war hier nicht gläubig? — leicht den Finger Gottes erkennen konnte, aufmerksame und verständnisvolle Zuhörer gefunden. Fürs erste nämlich war, wie ihm Kapodistrias schon im Sommer während eines Gesanges der Catalani in Karlsbad mitgeteilt hatte, beim Zaren die Stimmung völlig umgeschlagen. Man war einem Attentat auf die Spur gekommen, an dem die Garde beteiligt war, und jäh, wie er gekommen, war der Traum der Völkerbefreiung wieder zerronnen. Der bleiche Selbstherrscher zitterte vor der Revolution und — den deutschen Studenten.

In Preußen, dem Lande der reinen Vernunft, war es nicht so poetisch hergegangen; aber die innere Erleuchtung, mit der der jähe Schreck vor der drohenden Mörderhand des Zaren Seele beugnete, brachte dem Preußenkönig die jahrelange zähe Wühlarbeit der getreuen Stützen seines Thrones, die, der Intrigant Fürst Wittgenstein an der Spitze, von der Erfüllung des feierlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 nicht ohne Grund eine Erschütterung ihrer allmächtigen Stellung im Staate befürchteten. Waren auch die Zusagen einer ständischen Verfassung noch so nichtsagend, so witterten die preußischen Junker darin doch schon den »Ludergeruch« der Revolution, und die Heße gegen das Ministerium Hardenberg, das des Königs Willen zur Tat machen wollte, wurde von diesen Kennern des Jagdsports sofort nach allen Regeln der Kunst betrieben. Vergebens schrieb der Reichsfreiherr vom Stein, der ehrliche Eckart der preußischen Monarchie, der gewiß kein Demokrat war, an Ernst Moritz Arndt: »Ein feierlicher und förmlicher, zwischen Fürst und Volk abgeschlossener Vertrag kann allein den Menschen Zuversicht geben auf die Unwandelbarkeit und Heiligkeit der neuen Verfassung und ein inniges festes Band zwischen Herrn und Land knüpfen, welches dem Fürsten die Treue der Untertanen verbürgt und die Macht der Regierung erhöht.« Vergebens erhob der Geschichtschreiber Dahlmann in den »Kieler Blättern« seine Stimme zugunsten des Verfassungswerkes: »Friede und Freude kann nicht wiederkehren auf Erden, bis, wie die Kriege volksmäßig und dadurch siegreich geworden sind, auch die Friedenszeiten es werden, bis auch in diesen der Volksgeist gefragt und in Ehren gehalten wird, bis das Licht guter Verfassungen hervortritt und die kümmerlichen Lampen der Kabinette überstrahlt.« Die preußische Bureaucratie, die, zum großen Teil selbst dem Adel entstammend, sich als Schutztruppe um die Junker scharte, wußte bis zum Thron hinauf das Mißtrauen gegen die Neuerer und die Angst vor dem kommenden Unbekannten zu wecken. »Die wahren Widersacher der Verfassungen«, schreibt derselbe Stein an den Sänger der Freiheitskriege, »sind die Beamten. Diese wünschen ihr geheimnisvolles Schreibertum fortzutreiben; sie ahnen, daß durch eine repräsentative Verfassung für sie eine wahre Verantwortlichkeit statt der jetzigen Scheinverantwortlichkeit gegen entferntere Obere treten könnte.«

Man kann sich denken, wie diese ständige Wühlarbeit der Edelsten im Lande den ängstlichen König, der sich niemals durch einen starken Willen ausgezeichnet hatte, gegen das von ihm selbst geplante Werk mißtrauisch machte. Um so mehr, als ihm das einzige gute Beispiel auf einem deutschen Throne, auf das sich die Anhänger des Neuen berufen konnten, das des Karl August von Weimar, von Wien aus in niederträchtiger Weise ver-

dächtigt wurde. Da Artikel 13 der Bundesakte ausdrücklich besagte: »In jedem deutschen Bundesstaat wird eine landständische Verfassung stattfinden (sici!)«, beeilte sich nämlich Goethes Landesherr, wenigstens in seinem kleinen Lande dies Wort sofort Wirklichkeit werden zu lassen. Das »Grundgesetz über die landständischen Verfassungen des Großherzogtums« vom Jahre 1816 und die von den Ständen in Gemeinschaft mit einigen großherzoglichen Beamten ausgearbeitete Verfassung, zu der sofort die Garantie des Bundestags in Frankfurt eingeholt wurde, hatten trotz aller Mängel, die ihnen anhafteten, denn doch schon in ihrer Entstehung einen moderneren Anstrich als die von den Fürsten oktroyierten Verfassungen Bayerns und Badens, die zwei Jahre später das Licht der Welt erblickten.

Jedenfalls aber waren diese schüchternen Anfänge deutscher Volksfreiheit sowohl der »Adelskette«, diesem über ganz Deutschland verbreiteten Geheimbund zur Bekämpfung aller volkstümlichen Reformen, als auch Metternich selbst ein Dorn im Auge; und so wurde jeder, der die Worte Freiheit und Volk im Munde führte, durch ihn und seinen getreuen Genß in niederträchtigster Weise als Demagoge und Verschwörer verdächtigt, mochte er nun Turner, Burschenschafter oder wohlbestallter Universitätsprofessor sein. Ja, als die Studenten beim Wartburgfest am 18. November 1817 Korporalstock, Haarzopf und Schnürleib verbrannten, entblödete sich Genß nicht, »den Oberburschen von Weimar« — so nannte diese feile Knechtsseele, die im Solde der englischen Regierung stand, den Großherzog Karl August, der auf seine Studenten nichts kommen ließ — beim Bundestag und in Preußen anzuschwärzen. »Wenn die deutschen Fürsten sich jetzt noch nicht über eine gleichförmige, mit der Sicherstellung ihrer Macht und ihrer Kronen, mit der wahren Wohlfahrt ihrer Völker und der Erhaltung des Deutschen Bundes vereinbare Auslegung und Vollziehung des 13. Artikels der Bundesakte vereinigen und w e n n d e n e n, die bei der Bildung ihrer Verfassung den einzig wahren, einzig zulässigen Sinn dieses Artikels verfehlten, nicht zu einer geschickten und anständigen Rückkehr die Hand geboten werden kann, so bleibt uns allen nichts übrig, als dem Bunde zu entsagen«, hatte der bezahlte Versucher schon auf dem Wiener Kongreß den deutschen Fürsten, sie zum offenen Wortbruch auffordernd, zugerufen und auf diese Weise den berühmten § 58 der Wiener Schlussakte durchgeseht: »Die im Bunde vereinten souveränen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer Bundespflicht gehindert oder beschränkt werden« — ein Paragraph, durch den der Artikel 13 der Bundesakte, der von den Landständen handelt, offen verhöhnt wurde.

Man kann sich denken, wie er jetzt hinter den Kulissen hezte und schürte, da er das, was er und sein Meister Metternich wie Gift haßte, in verschiedenen deutschen Staaten bereits verwirklicht sah und vom Schwabenland her, wo Fürst und Volksvertreter sich bereits in den Haaren lagen, den Schlachtruf vom »alten guten Recht« hörte. Zwar war es noch kein Vierteljahrhundert her, da hatte dieser Virtuose des Gesinnungswechsels mit demselben Brustton der Überzeugung die französische Revolution gepriesen. »Das Scheitern dieser Revolution«, hieß es da, »würde ich für einen der härtesten Unfälle halten, die je das menschliche Geschlecht betroffen haben. ... Sie ist die Hoffnung und der Trost für so viele alte Übel, unter denen die

Menschheit seufzt. Sollte diese Revolution zurückgehen, so würden alle diese Übel unheilbarer. Ich stelle mir so lebendig vor, wie allenthalben das Stillschweigen der Verzweiflung, der Vernunft zum Troß, eingestehen würde, daß die Menschen nur als Sklaven glücklich sein können, und wie alle großen und kleinen Tyrannen dieses furchtbare Geständnis nutzen würden, um sich für den Schrecken zu rächen, den ihnen das Erwachen der französischen Nation eingejagt hat.« Doch jetzt waren er und sein Meister Metternich wirklich so tief gesunken, dieses furchtbare Geständnis auszunutzen, um sich für den Schrecken zu rächen, den ihnen der erste Augenaufschlag des bald wieder einschlummernden Deutschland einjagte. Mit dem berühmtesten Geheimrat Schmalz in Berlin, der gegen den »Tugendbund« wüthete, dessen sich einst die preußische Polizei zur Bekämpfung der Franzosen bedient hatte, verhöhnte Genß das deutsche Volk, weil es sich so gebärde, als habe es selbst Napoleon zu Boden geschmettert und den Krieg gewonnen, während es doch seine Befreiung lediglich der Einsicht, Tapferkeit und Ausdauer seiner Fürsten verdanke! Dann aber ließ Metternich in Aachen, wo eben das eigentliche Theaterstück zu Ende gespielt ward, im Einverständnis mit dem Zaren hinter den Kulissen seine letzte Mine springen. Ein walachischer Edelmann in russischen Diensten, namens Stourdza, mußte eine Denkschrift vorlesen, in der die deutschen Universitäten in der frechsten Weise beschimpft wurden. »Was sind sie denn jetzt, diese Universitäten?« hieß es da, »gotische Trümmer des Mittelalters, Korporationen ohne Zweck, die einen Staat im Staate bilden ... Sammelbecken aller Irrtümer des Jahrhunderts ... Literatur, Wissenschaft, Gerichtshöfe, der Altar selbst, alles ist ihnen anvertraut, und nichts leistet Gewähr für ihre Treue bei Verwaltung dieses Erbguts der Staaten. Gänzlicher Zuchtlosigkeit preisgegeben, sind die Universitäten jeden Tag ihrer Auflösung nahe, und wenn etwas sie noch erhält, so ist es der verführerische Reiz einer sogenannten akademischen Freiheit.«

Diese Vorlesung eines von Rußland bezahlten Ausländers, die die in Aachen versammelten deutschen Fürsten wohlgefällig mitanhörten, war die Lösung zu einer allgemeinen Demagogieheke in deutschen Landen. Und als ein halbes Jahr darauf der Dolch des Studenten Sand, eines unklaren Freiheitschwärmers, den russischen Agenten Kozebue niederstreckte, entpuppte sich die Hellige Allianz als die würdige Nachfolgerin der heiligen Inquisition seligen Ungedenkens. Seit den Karlsbader Beschlüssen vom Jahre 1819 wütheten in ihrem Auftrag Polizei, Staatsanwälte und Ausnahmegerichte mehr als ein Jahrzehnt lang gegen Professoren und Studenten — gerade wie zwei Menschenalter später unter dem Sozialistengesetz gegen die deutschen Arbeiter. Wer fürder die Worte Freiheit, Volksrechte und Verfassung in den Mund nahm, wurde vogelfrei von Land zu Land geheßt — gerade wie in den Jahren 1878 bis 1890 der deutsche Arbeiter. Der Turnvater Jahn und der Dichter Arndt, zwei überzeugungstreue Anhänger der Monarchie, die das preußische Volk zum Kampfe gegen Napoleon begeistert hatten, mußten jetzt als Hochverräther ins Gefängnis wandern. Das kaum erwachte deutsche Bürgertum, das für die Befreiung seiner Fürsten auf den Schlachtfeldern von Leipzig und Waterloo geblutet hatte, wurde jetzt, da es schüchtern einige Freiheiten und Rechte für sich verlangte, um den Siegespreis von 1813 und 1815 schamlos betrogen.

Auf den Trümmern deutscher Freiheit aber saß bis zum Jahre 1848, da das Kartenhais *M.* nichts plötzlich zusammenpurzelte, und darüber hinaus triumphierend der preussische Junker, den kein Geringerer als Gustav Freytag in seinen »Büchern aus der deutschen Vergangenheit« folgendermaßen schildert: »Das neue Junkertum, eine unholde Karikatur des adeligen Wesens, ist, wenn man genau zusieht, nichts weiter als eine anspruchsvolle Fortsetzung der alten Krippenreiterei. Hinter Uniform und Ordenskrenz birgt sich nicht selten derselbe Haß gegen die Bildung der Zeit, dieselben Vorurteile, der gleiche Hochmut, eine ähnliche groteske Verehrung absterbender Vorrechte und derselbe rohe Egoismus gegenüber dem Gemeinwesen. Denn nicht wenige unter jenem Hof- und Landadel betrachten noch immer den Staat ähnlich wie ihre Ahnen vor zweihundert Jahren die Vorkammer eines Nachbarn. Aber stärker als vor zweihundert Jahren erhebt sich gerade jetzt gegen solche der Haß und die Verachtung des Volkes.«

Und der Dichter Immermann, der jene Zeit tiefster deutscher Schmach miterlebt hat, warnt in den »Epigonen« das deutsche Bürgertum, das sich beim Anbruch besserer Zeiten sofort bescheiden mit seinem rechtlosen Schicksal aussöhnte, sich in törichter Sicherheit vor einer Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse zu wagen: »Es ist noch nicht so gar lange her, daß wir nur mit dem Beisatz 'Bürgercanaille' genannt wurden, wengleich das jetzt schon wie veraltet klingt. Wir Mittelleute haben ein unbeschreiblich kurzes Gedächtnis für unsere Kränkungen und halten alle Gefahr der Wiederkehr für so entlegen wie die Sintflut oder den Untergang der Welt durch Feuer, obschon manche Zeichen dahin deuten, daß man an tausenden Ecken und Orten mittelbarer- oder auch unmittelbarerweise versucht, die Zeit der Junker, ihrer gnädigen Ahnen und Basen, zurückzuführen. Was mich betrifft, ich will mich wenigstens an meinem Plage bestreben, die alten Feudalfürme und Burgverliese zu sprengen.«

Zur Entwicklung der Gewerkschaftstheorie.

Von Hermann Müller (Berlin).

Zu den vielen sonderbaren Erscheinungen, die vor fünfzig Jahren in Deutschland die Errichtung von Gewerkschaften begleiteten, gehört auch, daß über den Zweck und die Aussichten der Gewerkschaftsbewegung nicht nur vielfach gestritten wurde, sondern daß auch in beinahe allen Lagern theoretische Übereinstimmung darüber herrschte, die Gewerkschaften seien eigentlich überflüssig. Wäre es nach den Theoretikern gegangen, dann hätten die Arbeiter in jener Zeit völlig darauf verzichtet, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ebenso sonderbar erscheint heute, daß damals die Arbeiter der Frage, ob die Koalitionsverbote aufgehoben werden sollten oder nicht, geraume Zeit kühl bis ans Herz gegenüberstanden und in Preußen selbst dann noch keinen Finger rührten, als sich schon das Abgeordnetenhaus auf die Anträge der Fortschrittspartei hin mit der Beseitigung der Koalitionsverbote beschäftigte. Die Debatten, die sich an den am 4. März 1862 gestellten Antrag Faucher und Genossen über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 knüpften, gingen eindrucklos an ihnen vorüber. Auch der zweite Antrag Faucher und Genossen vom 30. April 1863

wurde von den Fortschrittlern eingebracht ohne jeden Druck von außen. Der Regierungsvertreter konnte damals in der Kommission darauf hinweisen, daß weder Regierung noch Landtag aus den Reihen der Arbeiter heraus Anregungen oder Petitionen erhalten hätten, in denen die Beseitigung der Koalitionsverbote gefordert worden sei. Es folgte dann zwar eine Petition der Berliner Buchdrucker, beschlossen am 22. März 1864, aber das blieb auch die einzige Anregung, und wahrscheinlich war selbst bei dieser ein Nichtarbeiter, Wilhelm Liebknecht, die treibende Kraft. Die darauf allmählich in Berlin einsetzende Bewegung der Arbeiter um das Koalitionsrecht wurde von außen in die Reihen der Arbeiter hineingetragen, und sie schlug ihre Wellen selbst dann, als die Arbeiter Berlins etwas wärmer wurden, kaum über Berlin hinaus. Es ist also nicht richtig, was so behauptet worden ist, daß die Fortschrittler, als sie am 31. Januar 1865 zum drittenmal mit dem Antrag an das Abgeordnetenhaus herantraten, von den Arbeitern dazu gedrängt worden seien. Die Fortschrittler waren es, die die Arbeiter aufgerüttelt hatten, und selbst die Konservativen waren dabei nicht untätig geblieben.

Diese Passivität war keine spezielle Eigentümlichkeit der preussischen Arbeiter. In Sachsen, Baden und einigen thüringischen Staaten waren die Koalitionsverbote ebenfalls ohne jedes Zutun der Arbeiter gefallen, und die veränderte Rechtslage führte keineswegs dazu, daß nun zahlreiche neue Gewerkschaften entstanden. Trotzdem war in den Arbeiterbildungsvereinen schon ein Stück Arbeiterbewegung vorhanden; aber mißleitet durch die in den Vereinen eingerissene Professorenwirtschaft, kümmerten sich die wenigsten um die die Arbeiter direkt berührenden Fragen. Es scheint, als hätte sich der größte Teil von ihnen von Phrasen der Art einsparen lassen, wie sie der Referent auf dem ersten Vereinstag in Frankfurt a. M. 1863 zum besten gab. Er meinte, etwas anderes als der Unterschied in der Bildung und in den Kenntnissen scheidet die verschiedenen Schichten der Gesellschaft überhaupt nicht. Was konnte also zweckmäßiger sein, als sich möglichst rasch ein gerüttelt Maß voll Allgemeinbildung anzueignen? So stand es zwar nicht in allen Vereinen, doch selbst die geistig regsameren richteten ihr Augenmerk auf etwas anderes als das Koalitionsrecht. Es sei nur an die Beschlüsse der Berliner und Leipziger Bildungsvereine erinnert, die einen Deutschen Arbeiterkongress verlangten, auf dem darüber debattiert werden sollte, ob eine Weltausstellung in Deutschland angebracht sei, und ob die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit erwünscht seien.

Dieses Verhalten hat natürlich seine Gründe. In fast allen deutschen Staaten war durch die vom Zunftgeist beherrschten Gewerbeordnungen das wirtschaftliche Leben noch sehr eingeengt. Verschärft wurde dieser Zustand durch die Einschränkung der Freizügigkeit, wobei armenrechtliche Gründe den Ausschlag gaben, und den Paßzwang. Ellenbogenraum, Bewegungsfreiheit verlangen daher das aufstrebende Bürgertum und mit ihm auch die Arbeiter. Das Ideal war das auf der Manchestertheorie beruhende freie Spiel der Kräfte. Das erklärt, wie auch der dritte Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine 1865 in Stuttgart, der sich endlich ernstlich mit dem Koalitionsrecht beschäftigte, dazu kam, das Koalitionsrecht für ein natürliches Recht zu erklären, das nicht irgendwie geschmälert werden dürfe. Doch empfahl er mehr als die Koalition die Gründung von Produktivgenossenschaften. Die Verkürzung der Arbeitszeit hielt er für die Arbeiter von

großem Nutzen, weil ihnen dadurch die Erlangung der Bildung ermöglicht würde. Als Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit aber wurde die Einführung der Stückarbeit empfohlen, soweit sie nur möglich sei.

Auch die Fortschrittspartei ging von rein manchesterlichen Gründen aus, als sie die Aufhebung der Koalitionsverbote forderte. In der Begründung zu dem ersten Antrag im Jahre 1862 verlangte sie die Koalitionsfreiheit, weil »die Bestrafung der freiwilligen Verabredungen in bezug auf übereinstimmendes Verfahren beim Geben und Nehmen von Arbeit eine Verletzung der persönlichen Freiheit ist«. Daß sonst für die Arbeiter dabei etwas herauskäme, glaubte sie nicht, nur das versprach sie sich, daß die Koalitionsfreiheit die Arbeiter von dem Wahne befreien werde, daß der Unternehmer die Löhne willkürlich festsetze. Die Praxis werde den Arbeitern lehren, daß ihr Lohn volkswirtschaftlich auf ganz naturgemäße Weise durch Angebot und Nachfrage bestimmt werde. »Die Folgen versuchter Arbeitseinstellungen«, heißt es in der Begründung, »sind die beste Abschreckung gegen die Wiederholung des Versuchs.«

Ebenso gab die Kommission, der 1865 der Antrag der Fortschrittler überwiesen wurde, in ihrem interessanten Bericht der Meinung Ausdruck, die Koalitionsfreiheit werde die Arbeiter belehren, daß sich der Lohn nicht willkürlich bestimmen lasse. Deshalb hoffte sie, das Koalitionsrecht und die darauf beruhenden Erfahrungen würden die Quelle verstopfen, aus der die kommunistischen Ideen hervorgingen, die auch meistens auf der Annahme beruhten, daß es bei der Festsetzung der Löhne willkürlich zugehe. Sie glaubte daher, das Koalitionsrecht werde weniger zu Arbeitseinstellungen als vielmehr zu Verhandlungen und Verständigung über Preise und Löhne, über längere und kürzere Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen führen. Immerhin ging die Kommission doch insofern etwas weiter als die Fortschrittler im Jahre 1862, als sie das Koalitionsrecht als ein Mittel bezeichnete, das Selbstbewußtsein der arbeitenden Klasse und deren Selbstachtung zu heben. Und das würde »den sozialen Frieden, der selbst zu den natürlichen Bedingungen der Prosperität der Arbeit und damit eines möglichst hohen Arbeitslohns gehört, auf sichererer Grundlage aufbauen als strafgesetzhche und polizeiliche Gebote und Verbote«. Schulze-Delitzsch, der im Abgeordnetenhaus zu der Vorlage sprach, glaubte zwar auch nicht an eine Änderung des wirtschaftlichen Naturgesetzes, wonach der Lohn durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften geregelt werde, aber er meinte, der Gang der Dinge in England beweise, wie allmählich mit der Erhöhung der Löhne eine Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehe. »... Meine Herren, wenn man die Koalitionsfreiheit hat, so kann man günstige Konjunkturen des Marktes seitens der Arbeiter benutzen und verwerten und dadurch etwas Gutes erreichen...« Selbst die Konservativen gaben durch ihren Wortführer, den Justizrat Wagener, zu, die englischen Gewerkschaften hätten Dinge erreicht, die selbst die Regierung vergeblich angestrebt hätte, indem sie für die Beteiligten den Lohn mit den Prinzipalen bestimmten und bei der Aufstellung von Maschinen mitwirkten, wobei sie deren Gefährlichkeit prüften. Daneben hielt Wagener für wertvoll, daß die Gewerksvereine, die man auch Fabrikarbeiter- und Gesellenzünfte nennen könne, die Arbeitgeber verhinderten, Arbeiter zuzulassen, die ihr Gewerbe nicht vorschrittsmäßig erlernt hätten.

Als dann die preussische Regierung im Februar 1866 selbst einen Antrag auf Aufhebung aller Koalitionsverbote einbrachte, fügte sie eine ausführliche, noch heute lesenswerte Begründung bei, worin sie sagte:

Daß die Koalitionsbeschränkungen für die materielle Wohlfahrt der arbeitenden Klassen nicht hinderlich sind, ist im allgemeinen richtig. Die Höhe der Arbeitslöhne, an welche dabei zunächst und in der Regel ausschließlich gedacht wird, bestimmt sich nach Gesetzen, welche der Willkür des einzelnen entzogen sind und welche im großen und ganzen zur Geltung kommen, mögen Koalitionen stattfinden und Verbote dagegen bestehen oder nicht. Der Satz, daß die Menge des Kapitals, welches Arbeit zu kaufen bereit ist, im Verhältnis zu der Menge derjenigen, welche Arbeit zu verkaufen bereit ist, den Preis der Arbeit bestimmen, ist indes eine Wahrheit, welche ihren konkreten Ausdruck für den einzelnen Fall nicht unmittelbar und von selbst, sondern mittelbar durch ein Handeln zwischen Käufer und Verkäufer enthält und diesen Ausdruck in dem Maße schneller und sicherer enthalten muß, in welchem das Handeln zwischen den Parteien frei von jeder äußeren Beschränkung ist. In diesem Sinne ist es von Wert, daß die Arbeiter in der Vereinigung die Kraft suchen können, welche dem einzelnen abgeht, und durch die Androhung gemeinschaftlicher Arbeitseinstellung ein richtiges Verhältnis in der Bemessung des Lohnes zum Unternehmergewinn herbeiführen. In der Tat fehlt es nicht an Beispielen, daß Koalitionen dauernde Lohnerhöhungen zur Folge haben.

Das widersprach in mancher Beziehung der Lohnfondstheorie, der Lehre jener Volkswirtschaftler, die damals meinten, das gesellschaftliche Kapital sei in jedem gegebenen Zeitpunkt eine ganz bestimmte Größe, von dem ein bestimmter Teil von den Unternehmern zur Lohnzahlung verwendet werde, der sich auch durch Koalitionen nicht steigern lasse. Sie behaupteten, um den durchschnittlichen Geldlohn, den jeder Arbeiter erhält, zu ermitteln, brauche man nur diesen zur Lohnzahlung zur Verfügung stehenden Kapitalteil durch die Zahl der Arbeiter zu dividieren. An diese Theorie, die im allgemeinen die Wirkung der Koalitionen leugnete, lehnte sich zwar auch die preussische Regierung an, sie glaubte aber doch, daß sich die Theorie im Einzelfall nicht unmittelbar durchsetze, sondern mittelbar, und zwar durch ein Handeln zwischen Käufern und Verkäufern, und dabei hielt sie für möglich, daß die Arbeiter ihre Kräfte durch Vereinigung stärken und durch Androhung von Arbeitseinstellungen den Lohn in ein richtiges Verhältnis zum Unternehmergewinn bringen könnten. Sie gab also zu, daß die Koalitionen von Wert für die Arbeiter sein könnten.

Sonderbar, daß daneben die Sozialdemokraten den Koalitionen jeden materiellen Wert für die Arbeiter absprachen. Lassalle sprach wegwerfend von den Arbeitseinstellungen. Dem Gesetz, daß Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften den Lohn reguliere, fügte er eine Begründung bei, wonach die Zu- und Abnahme der Bevölkerung das Angebot und die Nachfrage und somit den Lohn regle, während andererseits wieder hohe oder niedrige Löhne die Zu- und Abnahme der Bevölkerung bestimmen sollten. Es änderte sich nach seiner Lehre nie, daß der Lohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibe, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei. Deshalb müsse der Arbeiter durch Produktivgenossenschaften, die mit Staatshilfe zu errichten seien, zu seinem eigenen Unternehmer gemacht werden. War das richtig, dann waren freilich die Koalitionen zwecklos. Selbst wenn es ihnen gelungen wäre, den Lohn zu heben, hätte doch die folgende Bevölkerungs-

zunahme alsbald wieder alle Vorteile beseitigt. Lassalle sprach denn auch von den Gewerkschaften als den »vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebaren zu wollen«, wobei er von der Annahme ausging, der Mensch sei in gesellschaftlicher Beziehung zur Sache geworden, seine Befreiung müsse daher durch den Staat geschehen, in dem allein er noch etwas gelte.

Von dieser Lassalleschen Lehre ausgehend, hat auch Schweiger im »Sozialdemokrat« sich bemüht, nachzuweisen, daß Gewerkschaften zwecklos seien. Er hat mehr noch als selbst die Fortschrittler die Ausichtslosigkeit der Arbeitseinstellungen betont. Für ihn war, solange die kapitalistische Gesellschaft bestand, Angebot und Nachfrage ein unabänderlicher Lohnregulator. Selbst bei anscheinend geglückten Streiks sei meist fraglich, ob die errungenen Gewinne die gebrachten Opfer wirklich überwögen, und dort, wo dies der Fall sei, würden bei der ersten bedeutenden Krise erfahrungsgemäß die Vorteile wieder beseitigt. Schweiger legte daher dem Kampfe der Arbeiter um das Koalitionsrecht keine Bedeutung bei, er unterstützte ihn zwar, bezeichnete aber diese Unterstützung in umschriebener, aber nicht mißzuverstehender Form als eine Konzession an die Einfalt der Massen. Erst als Karl Marx ihn belehrte, daß die Gewerkschaften als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampfe mit der Bourgeoisie von äußerster Wichtigkeit seien, und außerdem für Deutschland das Koalitionsrecht ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus mit sich bringen und zur Mündigkeit der »Untertanen« führen müsse, schwenkte er ein. Nun entdeckte er an den Gewerkschaften auch eine ideelle Seite, und diese allein ließ ihn die Gründung von Gewerkschaften als zweckdienlich erscheinen: sie erweckten das Klassenbewußtsein. Damit kam er zu einer ganz anderen Auffassung als die Fortschrittler des Preussischen Abgeordnetenhauses, die ja glaubten, die Arbeiter würden durch das Koalitionsrecht von kommunistischen Ideen abgebracht. Deshalb erklärte Schweiger die Gewerkschaften für so lange berechtigt, bis die Arbeiterschaft des fraglichen Landes oder der fraglichen Gegend soweit aufgeweckt sei, daß sie die Lehren des Sozialismus zu verstehen vermöge. Doch vermochte er ihnen keine Berechtigung zuzuerkennen, wo die Gesetzgebung es der Arbeiterklasse ermögliche, auf das wichtigste, ja allein entscheidende Ziel loszusteuern: die Erringung von Einfluß auf die Staatsgewalt.

Und noch eines ist charakteristisch für die Schweigersche Auffassung. Wenn er von den Gewerkschaften sprach, redete er nur von Streiks. Streiks und Gewerkschaften waren ihm so gleichbedeutende Begriffe, daß er den hohen Wert der Gewerkschaften als vorbeugendes Mittel jahrelang ganz übersah. Erst in der Rede, mit der er den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß eröffnete, wies er gelegentlich darauf hin. Dieser Kongreß, von ihm und Frißsche einberufen, begann seine Tagungen heute vor fünfzig Jahren, am 26. September 1868 in Berlin. Er stellte die Gewerkschaftsbewegung, die in ihren Anfängen bereits vorhanden war, auf eine breitere Grundlage. Erst seitdem haben wir in Deutschland eine eigentliche Gewerkschaftsbewegung. Dabei zeigte sich, wie sehr die Theorie eine Bewegung beeinflussen kann. Weil Schweiger den Gewerkschaften nur agitatorische Bedeutung im Sinne der Parteibewegung zuerkannte und ihnen jeden selbständigen Wert absprach, machte er die Gewerkschaften zu einer Unterabteilung seiner

Partei, womit er zugleich den Keim zur Zersplitterung legte. In seiner Partei haben seine Lehren dauernd nachgewirkt; immer haben die Lassalleaner nur gefragt: Was nützen die Gewerkschaften der Partei?

Noch ein anderer für die Gewerkschaften wichtiger Kongreß sagte vor fünfzig Jahren: der fünfte Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine vom 5. bis 7. September in Nürnberg. Dort beschloßen die Arbeitervereine, nachdem sie sich zuvor zum Programm der Internationale bekannt hatten, daß die Gründung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden in die Hand genommen werden solle. Liebknecht, der der führende Theoretiker der Nürnberger Majorität war, begründete deren Auffassung im »Demokratischen Wochenblatt« (vom 14. und 21. November 1868) folgendermaßen:

Grundfalsch ist es, die Streiks (Arbeitseinstellungen) als Zweck der Trade Unions hinzustellen. Der Streik war und ist den aufgeklärten englischen Arbeitern nur ein Kampfmittel. Sie wissen, daß der Lohn unter den heutigen Produktionsverhältnissen nicht über eine fest bestimmte Höhe emporzutreiben ist, und wenn sie sich zu den kolossalen Opfern, die ein Streik auferlegt, entschließen, so geschieht es einzig in der Absicht, Forderungen, die ihnen gerecht scheinen, durchzusetzen, oder Zumutungen, die ihnen ungerecht erscheinen, zurückzuweisen. Jedenfalls ist es den Trade Unions gelungen, willkürliche Lohnverkürzungen abzuwehren, einen gleichmäßigen, dem Marktpreis der Arbeit entsprechenden Lohnsatz zu erwirken und den Arbeitern eine würdige Behandlung seitens der Kapitalisten zu sichern.... Neuerdings geht in England und in den Vereinigten Staaten, die dem Mutterland diese Organisationen entlehnt haben, ein bedeutsamer Umschwung innerhalb der Trade Unions vor. Statt um höhere Löhne ringt man um kürzere Arbeitszeit und stellt als Hauptziel hin: die Ersetzung der Lohnarbeit durch Produktionsgenossenschaften.

Solange die Lohnarbeit herrscht, wird der Marktpreis der Arbeit sich nach dem »Gesetz von Nachfrage und Angebot« regeln und niemals nach den menschlichen Bedürfnissen. Diese können bloß außerhalb der Arbeitszeit zur Geltung kommen; je mehr freie Zeit der Arbeiter hat, desto erfolgreicher kann er sich seiner geistigen und physischen Ausbildung widmen, desto besser seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und sich für den endgültigen Befreiungskampf seiner Klasse vorbereiten. Hierin liegt die hohe sittliche Berechtigung und politische Bedeutung der gegenwärtigen Achtstundenbewegung in England und Amerika. Die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern und zu diesem Behuf die vereinzelt und vereinzelt ohnmächtigen Arbeiter in eine gemeinsame Organisation zu vereinigen, das ist Zweck und Wesen der Gewerkschaften.

Damals war das »Kapital« von Karl Marx bereits erschienen. Der Artikel Liebknechts zeigt, daß dieser davon noch wenig beeinflusst war, so sehr er sich auch auf Marx berief. Marx hat in gewerkschaftlichen Fragen erst später Einfluß in Deutschland erlangt. Trotzdem waren es die Sozialisten um Bebel und Liebknecht, die die Gewerkschaften weit richtiger als Schweizer und seine Nachfolger zu würdigen wußten.

Neuordnung der Zentrumspartei?

Von R. Kempkens.

Das Zentrum steht, wie die Sozialdemokratie, noch heute unter den Nachwirkungen der Bismarckschen Gewaltmaßnahmen, die das politische Leben Deutschlands verfälschten. Wenn heute trotz des Auseinanderstrebens ihrer verschiedenartigen Bestandteile die Zentrumspartei noch immer eine

gewisse äußerliche Geschlossenheit zeigt, verdankt sie das hauptsächlich den Traditionen der Kulturkampfzeit. Doch vermögen alle Hinweise auf die einftige und heutige Gefährdung des Katholizismus die Zuspizung der inneren Gegensätze nicht aufzuhalten. Die Reibungen im Zentrumslager wachsen. Im Vordergrund steht die sogenannte Arbeiterfrage, das heißt die Frage, wie die katholische Arbeiterschaft mit der vom Zentrum betriebenen, vornehmlich den Interessen des mittleren Besitzes dienenden Politik ausgeöhnt werden kann. Daß eine solche Ausöhnung unmöglich sei, haben die Führer der agrarisch-feudalen Gruppe im Zentrum nicht nur erkannt, sondern auch mehrfach offen ausgesprochen. Sie wollen deshalb auf die Arbeiter verzichten, um eine gänzlich ungestörte Interessenpolitik mit den Konservativen, dem Bunde der Landwirte und den Liberalen der Schwerindustrie machen zu können. Andererseits legen auch die Arbeiter keinen Wert auf das Verbleiben der Adelsgruppe in der Partei. Die alles aufwühlenden Weltereignisse haben die gärenden Massen im Zentrum in stürmische Bewegung versetzt, die sich noch steigerte, als die preußische Wahlreform auf der politischen Bildfläche erschien. Die Anhänger des Zentrums in den industriellen Arbeiterkreisen erkannten, daß die sogenannte »ausgleichende« Politik ihrer Partei auf Kosten der besitzlosen Schichten gemacht wird. Die klerikalen Arbeiterführer sahen daher ihren Anhang teils grollend beiseite stehen, teils stürmisch auf sie eindringen mit dem Begehren, daß sie die Partei, der sie bisher treue Heeresfolge geleistet hatten, nunmehr zwingen sollten, die jahrzehntelang verkündeten Verheißungen wahrzumachen.

So sind die großen Kundgebungen der Arbeiterwähler des Zentrums entstanden, durch die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit überrascht wurde: die Demonstration der katholischen Arbeiter Westdeutschlands am 23. Juni 1918 in Bochum und die Stegerwaldsche Rede vor der Arbeitnehmervereinigung der Zentrumsparlei in Köln am 27. Juli 1918. Beide Veranstaltungen stehen im Zusammenhang miteinander, wie denn auch der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Adam Stegerwald, in dem Vorwort zu seiner jetzt als Broschüre vorliegenden Kölner Rede¹ erklärt, daß sein Vortrag als Ergänzung zu der Kloßschen Rede in Bochum anzusehen sei.

In dieser Rede hatte der Arbeitersekretär und Stadtverordnete Kloß (Essen) ausgeführt:

Seit Jahr und Tag habe sich in der Zentrumsarbeiterschaft, insbesondere im westlichen Industriegebiet, das Gefühl der parteipolitischen Unsicherheit und der Mißstimmung geltend gemacht, das stellenweise schon zu Parteiverdroffenheit führe, namentlich bei der Beratung der preußischen Wahlrechtsvorlage. Um diesen kaum noch zu steigenden Druck nach Möglichkeit zu beseitigen und die Partei vor weiteren Schädigungen zu bewahren, sei die Bochumer Kundgebung von den Arbeiterführern veranstaltet worden. Insbesondere habe sich das Gefühl festgesetzt, daß wichtige Interessen der gewerblichen Bevölkerung Westdeutschlands zurückgestellt würden, ent-

¹ »Arbeiterwähler und Zentrumsparlei«, Vortrag von A. Stegerwald, M. d. S. Verlag: Ausschuß der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands; in Kommission: Kleinsche Buchhandlung J. Hesse, Krefeld. Preis 50 Pfennig.

weder aus mangelndem Verständnis oder um sich die Sympathie der ostelbischen Konservativen zu erhalten. Bei den Arbeitern bestehe die Meinung, daß sich die Politik der Gesamtpartei zu stark nach agrarischen Interessen richte. In den Zentrumssektionen sei der agrarische Teil zu stark vertreten. Wichtige Kreise wie Köln, Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Dortmund und Hamm mit ihren 150 000 Zentrumsstimmen hätten dagegen keine direkte Parteivertretung. So entstehe der Eindruck, daß einseitige Politik getrieben und die Verbraucherinteressen geschädigt würden. Die letzte Getreidepreiserhöhung lege der Volksgesamtheit eine weitere Belastung von weit über eine Milliarde Mark auf zugunsten der Landwirtschaft. Breite Arbeiterkreise seien überzeugt, daß die Getreidepreiserhöhung in diesem Umfang zu vermeiden gewesen wäre, wenn auch die Zentrumspartei und ihre Vertreter im Ernährungsbeirat dagegen entschieden Front gemacht hätten. Auch herrsche in Arbeiterkreisen die Meinung, daß das gleiche Wahlrecht gar nicht das Maß der in Reden und Presse behaupteten religiösen Gefahren mit sich bringe. Bei der Unsicherheit einzelner Abgeordneter gegenüber dem Wahlrecht wäre die Einberufung eines preussischen Landesparteitags zweckmäßig gewesen. Wenn es zur Auflösung des Landtags kommen sollte, würden die Arbeiterzentrumswähler keinem Wahlrechtsgegner die Stimme geben können und vielleicht gezwungen sein, mit anderen Parteien das gleiche Wahlrecht durchzubringen, sofern die Wahrung der religiösen Güter gesichert werde. Die Wahlrechtsboßschaft habe in weiten Kreisen der Partei, namentlich in der Zentrumspresse, keine gute Aufnahme gefunden. Diese Kreise täuschten sich sehr, wenn sie glaubten, in kritischen Situationen brauche man nur die Kulturkampfglocke zu läuten. Es sei eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern der Partei nötig.

Noch schärfer äußerte sich der Landtagsabgeordnete Bergarbeiter Vogelsang. Er sagte: »Die Partei hat gerastet und ist verrostet. Es ist muffig im Zentrumslager. Viele Strömungen machen sich geltend gegen die Arbeiter und ihre berechtigten Interessen. Wir sind nicht die Hezer, sondern die Führer der Unzufriedenen. Die Partei ist nicht mehr verankert im Volksbewußtsein. Kein Abgeordneter darf wiedergewählt werden, der gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hat, auch bei Reichstags- und Gemeindevahlen nicht. Wird das Arbeitskammergesetz in der Regierungsfassung angenommen, so verzichten wir am liebsten darauf. An staatsbürgerlicher Bildung stehen wir Arbeiter hoch über anderen Schichten.«

In gleicher Weise redeten andere Führer, darunter Brust und Wieber.

Etwas weniger derb, aber im selben Sinne sagte Generalsekretär Stegerwald in seiner Kölner Rede am 27. Juli: Außerlich stehe das Zentrum auf der Höhe der Macht; es stelle den Reichskanzler, den preussischen Justizminister und den Reichstagspräsidenten. Im Innern der Partei aber herrsche ein Zwiespalt wie wohl noch nie seit ihrem Bestehen. Trotz fünfzigjährigen Bestehens sei die Herausarbeitung einer einheitslichen Denkweise über die entscheidenden politischen Fragen nicht erfolgt. Die gemeinschaftliche religiöse Auffassung sei in einem großen Lande eine zu schmale Plattform für eine große Partei. Als guter Katholik könne man konservativ und auch demokratisch denken, könne überzeugter Monarchist und auch überzeugter Republikaner sein, könne für Deutschland eine starke Stellung in der Welt

erstreben, aber auch den Kantönligeist als der Weisheit letzten Schluß ansehen. Das Zentrum habe keine Orientierungspunkte, keine Leuchttürme aufgestellt. In der Reichspolitik mache der kleinbürgerliche süddeutsche Demokrat und der in ihm verkörperte Kantönligeist sich stärker als erträglich bemerkbar. Innerpolitisch hätten stets einer Anzahl rheinischer Zentrumsführer als staatliche Vorbilder die westeuropäischen Demokratien vorgeschwebt, sonstige Parteikreise aber, darunter viele katholische Adlige, lebten heute noch teilweise in den Gedankengängen des mittelalterlichen Staates oder in denen des altpreussischen Feudalstaats. Zwischen diesen Ideen sei es im Zentrum nie zu einer Verständigung gekommen. Anstatt den Fragen rechtzeitig nachzugehen, habe man »Ausweichpolitik« getrieben.

Wenn die Zentrumspartei ihre Anziehungskraft behalten wolle, habe sie sich klar zu werden, daß ihr dies nicht möglich sei, wenn sie sich bloß stützen könne auf einen kleinen Kreis von Führern und auf Bauern und Mittelständler. Die beiden letzteren gehörten zu den im Rückgang befindlichen Schichten; die ständig zunehmenden, aufsteigenden Schichten würden gebildet von den Arbeitern, Privatangestellten und Beamten. In den achtziger Jahren erhielt das Zentrum 28 Prozent der Reichstagswählerstimmen, bei der letzten Wahl nur noch 18 Prozent. Der große Konstruktionsfehler im Zentrumsgedäude sei, daß das Parteileben von jeher auf eine agrarische und mittelständlerische Grundstimmung eingestellt war, während doch die größte Gruppe der Zentrumswähler schon seit langem von den Arbeitern gestellt würde. Man schätze die Arbeiterstimmen des Zentrums auf 873 000 oder 45 bis 50 Prozent. Von Köln bis Hamm würden für das Zentrum sehr viel mehr Stimmen abgegeben, als in Württemberg und Baden zusammen, und fast ebensoviel wie in Bayern; trotzdem sei der bayerische Einfluß in der Fraktion überragend. Sehr starke geistige Bedürfnisse träten in der Umgebung, in der Bauern und Mittelstandsleute leben, nicht hervor. In dieser Atmosphäre habe sich bisher das Parteileben betätigt. Darin aber könne keine Politik gedeihen, die strebsame Leute anzöge. Die Sozialpolitik sei für die breitesten Zentrumskreise nicht G e s i n n u n g, sondern überwiegend T a k t i k gewesen. »Wir müssen Sozialpolitik machen, damit wir die Arbeiter bei der Stange halten, so konnte man es häufiger selbst in führenden städtischen Parteizirkeln im Lande hören.« (S. 30.)

Aus der agrarischen und mittelständlerischen Grundstimmung erkläre sich auch, daß man den Genossenschaften der Bauern und Mittelständler im Gegensatz zu denen der Arbeiter freundlich gegenüberstehe. »Die Arbeitermassen können nicht anerkennen, daß sie die Pflicht haben, jeden zu ernähren, der das Bedürfnis hat, einen Krämerladen aufzumachen.« Es handle sich da oft um unfüchtige Elemente, die es in ihrem Beruf zu nichts brächten. Die Arbeiter seien bereit, jede vernünftige Mittelstandspolitik mitzumachen; der Mittelständler dürfe sich aber natürlich nicht einbilden, daß ihm ohne fleißige Arbeit aufwärtsgeholfen werden müsse. »Ein ungleich schärferer Gegensatz wie zwischen Mittelstand und Arbeitern hat sich im letzten Jahrzehnt zwischen Arbeitern und Bauern in der Zentrumspartei herausgebildet.« (S. 32.) Was im Zentrumslager dieses Verhältnis ständig verschärfe, sei die starke Abfärbung der Gesamtpolitik des Bundes der Landwirte auf den agrarischen Flügel des Zentrums. Der Bund der Land-

wirke habe seit langer Zeit »eine rücksichtslosere und einseitigere Allgemein- und Agrarpolitik getrieben, wie jemals von sozialdemokratischer Seite Arbeiterpolitik vertreten worden ist« (S. 33). Die konservative Partei sei »vielfach zu einer großagratischen Klassenpartei heruntergesunken«, und die christlichen Bauernvereine hätten 1913 sich dem »Kartell der Schaffenden Stände«, dem Mittelpunkt aller scharfmacherischen und antisozialen Bestrebungen, angeschlossen. Vierzig Jahre lang habe das Zentrum in der Agitation sich gegen indirekte Steuern erklärt, um dann, ohne die Wähler vorzubereiten, 1909 mit einem Schlage für 400 Millionen Mark indirekte Steuern zu machen. Eine Ungeheuerlichkeit sei es, daß man »fünfzig Jahre lang in der Agitation sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen einsetzt und dann, wenn diese Forderung verwirklicht werden soll, die Partei an allen Ecken und Fugen kracht« (S. 37). Drei Jahre lang habe man stramme Kriegszielpolitik gemacht, um dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel einer Kriegszielerklärung zuzustimmen, die das größte Durcheinander in der Partei anrichten mußte.

Die vom Zentrum 1906 bis 1912 betriebene Reichstagspolitik nannte Stegerwald eine Pferdekur an der Partei. Nach der Oppositionsstellung von 1906/07 verschrieb es sich bei der Finanzreform von 1909 mit Haut und Haaren den Konservativen; es mußte unpopuläre Steuern annehmen, die populäre Erbschaftssteuer dagegen ablehnen, den Konservativen zuliebe. Bei den Wahlen von 1907 und 1912 brachte man dann die Arbeiteranhänger »in die scheußlichste Situation«. Die Zentrumsbauern wären unter solchen Umständen restlos zum Bunde der Landwirte abgeschwenkt. »Eine solche Politik würden die Arbeiterwähler der Zentrumspartei unter keinen Umständen ein zweites Mal mitmachen.«

Die Arbeiterwähler, nicht von den christlichen Führern spricht Stegerwald, werden in der Tat, das ist auch meine Ansicht, eine solche Politik nicht mehr mitmachen. Dafür hat der große Umwälzer und Aufklärer Krieg gesorgt. Stegerwald und Genossen fordern Abkehr des Zentrums von den Konservativen. Mit wem soll dann aber das Zentrum eine Mehrheit bilden in all den Fragen, die es von der Linken scheiden? Das Wesen des Zentrums ist konservativ.

Die Reformbestrebungen der christlichen Arbeiterführer im Zentrum werden die Schwierigkeiten der Zentrumspolitik noch steigern. Das Zentrum hat seine politische Mission erfüllt. Eine eigentliche Partei ist es nie gewesen, sondern nur ein Bund von Parteilchen, die durch eine gewalttätige Kirchenpolitik zusammengeführt und zusammengehalten wurden. Heute existiert das Zentrum im großen und ganzen nur noch auf Grund einer Tradition. Stegerwald sagt selbst, daß die Bauern dem Zentrum längst wegelaufen wären, wenn es sie so behandelt hätte, wie es die Arbeiter behandelt hat. Darum ist auch das Zentrum ein Feind der allgemeinen Verhältniswahlen, denn bei solchen würden die agrarischen Elemente meist heute schon konservativ wählen.

Die Bevölkerungspolitik und die Frauen.

Von Anna Bloß.

Es wird späteren Generationen seltsam vorkommen, daß die während des Weltkriegs unternommene sozialpolitische Gesetzgebung entworfen werden konnte, ohne daß man zu ihrer Ausarbeitung den Rat der Frauen einholte. Zweck aller dieser geplanten sozialpolitischen Maßnahmen ist die Durchführung einer gesunden Bevölkerungspolitik, dringend notwendig zum Wiederaufbau Deutschlands, das schmerzlich unter den Wunden leidet, die der Krieg ihm schlug. Die im Kriege Gefallenen zu ersetzen, neue Kräfte für die Wiedererstarkung zu gewinnen, dazu gebrauchen wir tüchtige Menschen, und die Frauen aber sind es, die dem Staate diese Menschen schenken. Ohne ihre Mitwirkung ist eine gesunde Bevölkerungspolitik undenkbar. Schlosser berichtet von einer Königin von Frankreich, die im Streit um die Nachfolge dem König ihre Überlegenheit mit den Worten klarmachte: »Sire, Sie können dem Lande keinen Thronfolger geben ohne mich. Ich aber kann dem Lande jederzeit einen Thronfolger geben ohne Sie.« So können auch die Frauen den Gesetzgebern von heute klarmachen, daß sie wohl eine Reihe bevölkerungspolitischer Gesetze machen können, daß diese aber niemals durchzuführen sind, wenn die Frauen sich nicht zur Mitwirkung bereit finden. Auf der einen Seite enthebt man sie wohl der Verantwortung, auf der anderen schiebt man sie ihnen aber zu. Man darf sich auch nicht wundern, wenn die Frauen dann doch tun, was ihnen paßt, ohne sich um die Gesetze zu kümmern, zum Beispiel bei dem Paragraphen, der sich mit der Verhinderung der Geburten befaßt. Bei dessen Beratung hat man allerdings die Meinung von Vertreterinnen verschiedener Frauenvereine eingeholt; doch war die Besprechung unverbindlich, und es ist anzunehmen, daß in dem Gesetz den von den Frauen vorgetragenen Wünschen wenig Rechnung getragen wird. Auch bei den Beratungen zum Schutze von Mutter und Kind war eine Frau zugezogen; aber sie kam als Vertreterin der Regierung, nicht als Vertreterin jener Millionen von Frauen, die ein dringendes Interesse daran haben, daß Mutter und Kind geschützt werden. Das Prinzip ist ein ganz falsches, denn jede Pflichterfüllung setzt den Anspruch auf Rechte voraus. Der rechtlose Mensch erfüllt seine Pflichten widerwillig, erzwungen. So ist auch die rechtlose Frau ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit als Staatsbürgerin nicht bewußt. Darunter leiden die Pflichten, die sie als Gattin, als Mutter zu erfüllen hat. Napoleons Ausspruch: »Alles für die Frau, nichts mit der Frau« kann gerade in der Frage der Bevölkerungspolitik keine Geltung haben.

Der Geburtenrückgang war schon vor dem Kriege in Deutschland beträchtlich und setzte verhältnismäßig rascher ein als in anderen Staaten. Er machte sich überall bemerkbar, wo wachsende Kultur zur Uberspiztheit, zur Degeneration führt. Die Welt- und Modedame will wenig oder keine Kinder, weil sie für ihre Schönheit und Bequemlichkeit fürchtet. Immerhin stellt diese Schicht nur ein kleiner Prozentsatz der Frauen. Die Hauptursache des Geburtenrückganges liegt in der zunehmenden Erwerbsarbeit der Frauen sowie darin, daß die Frauen zu denken anfangen und daß sie daher nicht mehr Kindern das Leben geben wollen, wenn sie nicht in der Lage sind, sie gut aufziehen zu können. Eine gute Bevölkerungspolitik setzt also zunächst eine Erziehung zur gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung der weiblichen Jugend voraus. Der Grund zur späteren Welt- und Modedame wird meist schon bei der Erziehung der höheren Tochter gelegt, die keinen Ernst, keine Pflichten kennt, bei der sich also Oberflächlichkeit und Vergnügungssucht entwickeln. Eine Vertiefung der weiblichen Bildung würde dazu führen, daß die Frauen reifer und bewußter ihre Aufgaben im Staat erfüllen. Vom bevölkerungspolitischen Standpunkt müssen wir daher fordern, daß unsere weibliche Jugend für den Beruf der Hausfrau und Mutter ebenso eine Ausbildung erhält wie für jeden anderen Beruf. Es ist nicht angängig, daß man meint, die Natur

gebe jedem Mädchen die Veranlagung mit, seine Pflichten als Hausfrau und Mutter zu erfüllen. Die Natur legt nur den Keim, Sache der Erziehung ist es, diesen Keim zur Entwicklung zu bringen. Man ist auf dem Wege dazu durch die Gründung von Hauswirtschaftsschulen für schulentlassene höhere Töchter. Für die Volksschülerinnen begnügt man sich damit, in den an sich schon sehr knapp bemessenen Fortbildungsunterricht noch einige Stunden Kochunterricht einzubeziehen. Die Halbheit, unter der die weibliche Erziehung leidet, besteht also auch hier. Wenn man bedenkt, daß die Gesundheit der Familie in die Hände der Hausfrau und Mutter gelegt ist, wird man die Notwendigkeit begreifen, daß hier mit Halbheit nichts getan ist. So kochen, daß alles Vorhandene richtig ausgenützt und daß die Speisen der Gesundheit zuträglich sind, ist Grundbedingung. Es gehört aber noch hierher die Bereitung der Kindernahrung, der Krankenkost. Der Kochunterricht allein genügt auch keineswegs.

Damit muß eine gründliche Gesundheitslehre verbunden sein. Schon das junge Mädchen muß die Funktionen des eigenen Körpers kennen, muß wissen, wie sie ihn schützt und gesund erhält. Unkenntnis und Unverstand legen sehr häufig schon in der Jugend den Grund für manche Frauenkrankheit. Hier muß aber auch energisch Schutz verlangt werden in den Entwicklungsjahren. Sünden, die da begangen werden durch Leichtsinne oder unfreiwillige Überanstrengung, können später nie wieder gutgemacht werden. Auch die Aufklärung über die geschlechtlichen Gefahren gehört hierher. Eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ohne die Mitwirkung der Frauen ist ganz ausgeschlossen, wenn auch noch so viele Geseze gemacht werden. Zu der Gesundheitslehre gehört die Pflege und Wartung des kleinen Kindes, in der so manche junge Mutter ganz unerfahren ist. Es gehört dazu das Verhalten bei Epidemien, die Grundbegriffe der Krankenpflege, erste Hilfe bei Unglücksfällen, ebenso eine überlegte Wohnungspflege, Heizen, Lüften, Reinigen usw. Bei den Bestrebungen, die Bevölkerungspolitik durch gesunde Wohnungen zu unterstützen, wird auch in den seltensten Fällen der Rat der Frauen eingeholt, von denen man später als selbstverständlich erwartet, daß sie die Hüterinnen des Hauses sind. Ob sie dazu fähig sind, danach fragt niemand. Um so härter werden sie verurteilt, wenn sie das Amt nicht richtig ausüben, für das sie niemals eine Anleitung erhielten.

Alle Fürsorgebestrebungen, die zum Schutze des Kindes gefordert werden, gehen dahin, möglichst viel Kinderhorte und -heime zu gründen. Schließlich haben die arbeitenden Mütter nur noch die Aufgabe, die Kinder zur Welt zu bringen. Dann müssen sie ihre Kinder in fremde Obhut geben. Fremde sehen das erste Lächeln des Kindes, behüten seine ersten Schritte, Fremde erleben all die Freude an der Entwicklung des Kindes. Die eigene Mutter wird dem Kinde fremd. Das ist falsche Bevölkerungspolitik. Die Mutter, die schon wenige Wochen nach der Geburt sich von ihrem Kinde trennen muß, die kein Mutterglück genießen darf, will meist auch keine Kinder mehr haben. Gebt den Müttern die Zeit und die Mittel, gesunde Kinder zur Welt zu bringen und aufzuziehen, dann wird keine normale Frau sich weigern, Mutter zu werden. Ausreichende Mutterschaftsversicherung, gesunde geräumige Wohnungen, Erziehungsbeiträge, Steuerermäßigung für kinderreiche Familien müssen die Grundlagen aller Bevölkerungspolitik bilden. Ferner ist notwendig eine Herabsetzung der Arbeitszeit, Verbot von Nachtarbeit und Verbot von Frauenarbeit in gesundheitschädlichen Betrieben, streng durchgeführter gewerblicher Schutz. Welcher Widersinn liegt darin, daß bei den Beratungen über den Schutz der arbeitenden Mutter eine Reihe von Forderungen zurückgestellt werden mußte hinter den Anforderungen der Rüstungsarbeiten. Auf der einen Seite strenge Bestrafung für den Handel mit Mitteln, die die Schwangerschaft verhüten, für die Ärzte, die sie unterbrechen, auf der anderen Seite die Erlaubnis, ja der Zwang zur Arbeit an Maschinen, die zu Fehlgeburten führt, in chemischen Fabriken, deren Gift die Frau unfruchtbar macht oder außerstande setzt, lebensfähige

Kinder zur Welt zu bringen. Aber Schweigen, das ist heute das Loß der arbeitenden Frauen. Solange man ihren Rat nicht hört, kann der Boden nicht richtig bestellt werden, auf dem eine gesunde Bevölkerungspolitik zu erblühen vermag. Da ihr Ziel aber nicht nur darin besteht, dem Staate gesunde Menschen zu gewinnen, sondern auch tüchtige, die die großen Zukunftsaufgaben zu erfüllen vermögen, so brauchen wir Mütter, die ihre Erziehungsaufgaben zu erfüllen imstande sind. Fast alle Fehler, die man den Frauen vorwirft, Kleinlichkeit, Klatschsucht, Oberflächlichkeit, sind die Folge davon, daß man sie seit Jahrhunderten als Menschen zweiter Klasse behandelt hat. Goethes Forderung, daß eine Frau so erzogen sein soll, daß sie ihren Kindern den Vater ersetzen kann, wenn dieser abgängig ist, ist noch nicht erfüllt. Und wie vielen Kindern fehlt heute der Vater. Wie viele Mütter stehen ihren Erziehungsaufgaben rat- und hilflos gegenüber, weil man nicht daran dachte, ihnen das Rüstzeug für diese Aufgaben mitzugeben. Viele Sünden und Fehler sind gutzumachen, wenn wir eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik treiben wollen. Alle, die dabei mitarbeiten, möchte man auf den Rat des Dichters hinweisen: »Frage nur bei edlen Frauen an!«

Literarische Rundschau.

Martin Andersen-Nerø, Stine Menschenkind. München, Verlag von Albert Langen. Preis broschiert 3,50 Mark.

Es soll kein Vergleich gezogen werden zwischen Martin Andersen-Nerø's bekanntem großen Arbeiterroman »Pelle der Eroberer« (1912 im Insel-Verlag zu Leipzig erschienen) und seiner neuesten Schöpfung »Stine Menschenkind«, wenn auch der letztere als Gegenstück zum »Pelle« gilt. Kunstwerke sind keine gleichschenkeligen Dreiecke. Aus persönlichstem, aus innerstem dichterischen Erleben geboren, gestaltet vom bewußt, noch mehr aber vom unbewußt mit der Seele Aufgesaugten und Erfühlten, sind alle wahren künstlerischen Schöpfungen jeder Art durch jene unzähligen feinen Reize und Nuancen ausgezeichnet, die die Persönlichkeit ihres Schöpfers bilden und ihn über das sogenannte Individualitätsprinzip der großen Masse und einer bestimmten literarischen Clique stellen. Wenn trotzdem gerade an Bücher so oft der vergleichende Maßstab gelegt wird — wobei »vergleichen« sehr oft gleichbedeutend ist mit nörgelndem Kritisieren! —, so beweist diese Tatsache, daß eben sehr selten die richtige Einschätzung des Verfassers und seines Werkes vorgenommen wird, trotz aller Reden vom Buche als dem »Kinde« des Autors.

An anderer Stelle habe ich einmal gesagt, daß manche (nicht allzu viele!) Bücher Seelen haben, oft viel tiefere als manche Menschen. Diese Seele ist nichts anderes als ein Teil der Persönlichkeit des Verfassers, und es ist ein Zeichen der Zeit, daß die letzte Zeit des Krieges mehr und mehr solche Bücher bringt, in denen der Mensch zum Menschen spricht. Wahllos seien ein paar genannt: Romain Rolland, »Johann Christoph« (während des Krieges zum Teil übersetzt); Laško, »Menschen im Krieg«; Frank, »Der Mensch ist gut«; Rolland, »Beethoven«, »Briefe eines Soldaten«; Alexander v. Gleichen-Rufswurm, »Der freie Mensch« usw. Martin Andersen-Nerø's Buch gehört dazu!

Lohnt es sich eigentlich, von der kleinen Stine zu sprechen? Ihr Leben ist das Leben der Alltäglichkeit, des Glends, der Lieblosigkeit. Was ist denn so Besonderes an einem unehelich geborenen Kinde, das es verdiente, poetische Würdigung zu erfahren? Nun, wenn niemand sonst wüßte, warum die Geschichte Stines geschrieben wurde: die Mütter wissen es! Ein Strom von unendlicher Liebe durchflutet das Buch. Es ist fast überflüssig, zu sagen, daß Andersen-Nerø nicht mit den üblichen »Romangefühlen« arbeitet. Was er denkt und sagt in seinen und durch seine Gestalten, ist einfach und klar und gesund wie der Wind, der Dänemarks Küsten streift. Das Einfachste ist — wie stets — das Größte: ist die Liebe nicht beides? —

Es ist zu erwarten, daß mancher »berufene« Kritiker auch von diesem neuesten Werke des dänischen Dichters triumphierend behauptet: »... Da gibts keine ästhetische Harmonie...«! Armer Mann! Was denkst du dir unter »ästhetischer Harmonie«, daß du sie so spöttisch-verächtlich beiseite wirfst?! Freilich, man konnte an ihr irre werden; das Phrasengeläut hypermoderner Kaffeehausästheten und Literaturliken hat dafür gesorgt, wie es auch dafür sorgte, daß der Schillersche Idealismus zum süßlichen Brei wurde, der übel bekam. Wohl ist ästhetische Harmonie in Andersen-Nergö's »Stine Menschenkind«, wie sie in allem ist, was künstlerisch schön ist, was frei ist, weil es natürlich ist.

Karl Diefel.

Professor Dr. Alwin Voigt, Deutsches Vogelleben. Zweite Auflage. (»Aus Natur und Geisteswelt«, 221. Bändchen.) Leipzig 1918, Verlag B. G. Teubner. Preis geheftet 1,20 Mark, gebunden 1,50 Mark.

Das Büchlein ist vortrefflich geeignet, auch dem einfachen, nicht fachlich geschulten Vogelliebhaber und Naturfreund Belehrung und Anregung zu bieten. Der Verfasser — das ergeben seine Darstellungen — durchstreifte zum Zwecke seiner Studien ganz Deutschland, vom Böhmerwald und den Mittelgebirgen bis zu den nieder- und norddeutschen Marschen, Feldern und Heiden. Er beschreibt fast 300 heimische Vogelarten in ihren Stimmen und ihrem Lied, ihrem Aussehen, ihrem Liebesleben und ihrem Nestbau sowie ihrem wechselnden Aufenthalt im Laufe des Jahres, also in ihren gesamten Lebensgewohnheiten. Er ordnet dabei die Arten nicht trocken nach irgendeiner landläufigen schulgerechten Einteilung, sondern hält sich an ihr natürliches Vorkommen im Gelände, zum Beispiel gliedert er sie in Vögel der Städte und Dörfer, des Parks, der Laub- und Mischwälder, der Nadelwälder, der Moore und Heiden, der Felder, der Wiesen- und Teichgebiete, der Sümpfe und Teiche usw. Diese Anlage des Büchleins ist sicher ein Vorzug. Ist auch manches Berichtete fast jedem selbstbeobachtenden Vogelfreund schon bekannt, so findet er doch in dem kleinen Werke viel Neues, freilich auch einiges Zweifelhafte. Zum Beispiel schreibt der Verfasser vom Zaunkönig: »Man suche sein Nest zwischen Stockauschlägen und Stammaustrieben« — nun, ich fand es vor allem im dichten Brombeergewirr, dann im Esen an der Hauswand und an alten Bäumen, ferner unter überhängendem Rasen- und Wurzelwerk an den Seiten vertiefter Wege im Walde.

Mit großer Liebe bemüht der Verfasser sich um die Kenntlichmachung des Vogelliedes. Die von den meisten anderen Vogelkennern versuchte Wiedergabe der Tonbewegung durch Silben und Laute der menschlichen Sprache sucht er durch ein Höher- und Tieferstellen der Silben sowie durch Noten und durch ein besonderes Punktier- und Strichschema zu ergänzen, doch vermögen wir in diesen wie in ähnlichen Versuchen nur Experimente von ziemlich zweifelhaftem Werte zu erblicken. Die große Menge der Naturfreunde versteht keine Noten, und wenn das Laut- und Strichschema auch allgemeinverständlicher ist — das wirkliche Tonbild vermag doch nur der zu erfassen, der ohnehin das Vogelliedchen im Gedächtnis hat.

Gerne hätten wir in dem Büchlein etwas über die Fütterung und Wartung der Vögel im Käfig gefunden; doch kann trotz dieses Mangels dem Vogelliebhaber das Werkchen bestens empfohlen werden.

W. R.

Notizen.

Beschäftigung der Frauen im deutschen Bergbau. Der Krieg hat die Beschäftigung von Arbeiterinnen im deutschen Kohlen- wie im Erz- und Salzbergbau erheblich gefördert. Vor dem Kriege, im zweiten Quartal des Jahres 1914, waren in den 16 Hauptbergbaubezirken nur 7205 Arbeiterinnen beschäftigt, im zweiten Quartal 1915 stieg diese Zahl nach den amtlichen Nachweisen auf 10 223, dann im Sommer 1916 auf 31 020 und im Frühjahr 1918 auf 45 886. Vor dem Kriege waren

nur im ober- und niederschlesischen Kohlenbergbau sowie im Haller Braunkohlenbergbau und im Siegener Erzbergbau weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl tätig; seit 1916 hat jedoch auch im Ruhrgebiet die Einstellung von Frauen rasche Fortschritte gemacht. Auf die einzelnen Bezirke verteilt sich die Beschäftigung von Arbeiterinnen in folgender Weise:

	Zweites Quartal			Erstes Quartal	
	1914	1915	1916	1917	1918
Ruhrgebiet	—	—	7680	16590	17117
Oberschlesien	5785	7574	12512	13664	14626
Niederschlesien	340	411	1286	1755	1839
Saargebiet	—	—	—	959	1091
Nachener Revier	—	—	—	247	413
Niederrheinischer Steinkohlenbergbau	—	—	220	578	569
Haller Braunkohlenbergbau	596	1267	4326	5411	4739
Linksrheinischer Braunkohlenbergbau	—	52	220	1016	920
Haller Salzbergbau	12	36	57	295	407
Clausthaler Salzbergbau	1	45	394	465	533
Mansfelder Erzbergbau	—	112	2994	3220	2077
Oberharzer Erzbergbau	7	217	456	524	601
Siegener Erzbergbau	250	268	464	485	479
Nassau-Wehlarer Erzbergbau	25	40	74	35	68
Rechtsrheinischer Erzbergbau	121	138	253	302	280
Linksrheinischer Erzbergbau	68	63	74	101	127

Mit der zunehmenden Geldentwertung sind naturgemäß auch die Löhne der Arbeiterinnen gestiegen, wenn auch keineswegs im gleichen Maße wie die Preise der Lebensmittel. Nach den amtlichen Ermittlungen stellten sich für die weiblichen Arbeiter die Durchschnittslöhne pro Kopf und Schicht:

	Zweites Quartal		Erstes Quartal
	1914 Mark	1917 Mark	1918 Mark
Ruhrgebiet	—	4,04	4,71
Oberschlesien	1,30	2,33	3,06
Niederschlesien	1,73	2,58	3,31
Saargebiet	—	3,07	4,14
Nachener Revier	—	3,70	4,52
Niederrheinischer Steinkohlenbergbau	—	4,03	4,50
Haller Braunkohlenbergbau	2,39	3,49	4,12
Linksrheinischer Braunkohlenbergbau	—	4,02	5,17
Haller Salzbergbau	2,12	3,40	4,05
Clausthaler Salzbergbau	3,96	3,13	3,89
Mansfelder Erzbergbau	—	3,65	4,19
Oberharzer Erzbergbau	1,46	3,60	4,09
Siegener Erzbergbau	1,80	2,65	3,46
Nassau-Wehlarer Erzbergbau	1,35	2,29	2,99
Rechtsrheinischer Erzbergbau	1,55	2,58	3,40
Linksrheinischer Erzbergbau	1,67	2,57	3,61

Im Vergleich zu den Schichtlöhnen der männlichen Arbeiter betragen die der weiblichen Arbeiter im Kohlenbergbau vielfach nur die Hälfte. So stellte sich zum Beispiel im ersten Vierteljahr 1918 der durchschnittliche Schichtlohn für erwachsene männliche Arbeiter im Ruhrgebiet auf 9,46 Mark, für Arbeiterinnen nur auf 4,71 Mark, im Saargebiet auf 8,72 bzw. 4,42 Mark, in Oberschlesien auf 6,62 bzw. 3,06 Mark.

Berichtigung. In die Besprechung des Buches »Minnesang« von Wilhelm v. Scholz, Heft 25, S. 599, haben sich zwei sinnstörende Fehler eingeschlichen. Zeile 8 von unten muß es statt »nach 500 Jahren« heißen: »nach 600 Jahren«, ferner Zeile 6 von unten statt »dreizehnten Jahrhunderts«: »Mitte des zwölften Jahrhunderts«.